

## **19. ordentliche Mitgliederversammlung vom 15. Mai 2004**

*Rede ist ab Samstag, 15. Mai 2004, 1200 Uhr, abrufbar auf:*

<http://www.auns.ch>

---

### **Personenfreizügigkeit = Nivellierung nach unten und Armut**

von Nationalrat Luzi Stamm, Baden-Dättwil, anlässlich der  
19. ordentlichen Mitgliederversammlung der  
Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

---

#### **Was ist die EU-Osterweiterung?**

Soeben sind die zehn neuen Staaten in die EU aufgenommen worden. Damit werden unsere Verträge mit der EU (vom Freihandelsabkommen bis zu den Bilateralen I) automatisch auch für diese zehn Länder gültig. Ausnahme ist die Personenfreizügigkeit (d.h. freie Ein- und Auswanderung). Sie wird nur dann ausgeweitet, wenn wir mit den zehn neuen Staaten entsprechende neue Verträge abschliessen. Deshalb stellt sich heute die extrem wichtige Frage, ob die Schweiz das tun soll.

#### **Was bedeutet „freier Personenverkehr ja oder nein“?**

„Freier Personenverkehr nein“ bedeutet überhaupt nicht „keine Einwanderung“. Einwanderung wird es so oder so geben. Nur fragt sich, ob diese kontrollierbar bleibt oder nicht. „Freier Personenverkehr nein“ heisst, dass die Schweiz weiterhin entscheiden kann, wer einwandern darf. „Freier Personenverkehr ja“ heisst hingegen, dass jeder Ausländer einen Rechtsanspruch erhält, zu uns zu kommen, sei es als Arbeitnehmer oder als Selbständigerwerbender. „Freier Personenverkehr nein“ heisst also „steuerbare Einwanderung“, „freier Personenverkehr ja“ heisst „nicht steuerbare Einwanderung“.

./.

**Binsenwahrheit Nr. 1: Ein attraktives Land zieht Menschen an**

Es ist eine Binsenwahrheit: Die Menschen ziehen dorthin, wo es attraktiv ist. Ein attraktives, wohlhabendes Land hat deshalb immer mit der Zuwanderung zu kämpfen. Wer behauptet, es werde keine nennenswerte Einwanderung in die Schweiz geben, hat sich somit bereits damit abgefunden, dass unser Land im Durchschnitt versinkt und in Zukunft keine wirtschaftliche Spitzenstellung mehr zurückgewinnen wird. Die ganzen politischen Diskussionen, ob, wann und wo es Wanderbewegungen geben wird, sind irrelevant. Entscheidend ist: Wenn die Schweiz Erfolg hat, kommen die Leute selbstverständlich, wenn die Schweiz heruntergewirtschaftet ist, kommen sie nicht mehr.

### **Binsenwahrheit Nr. 2: Freier Personenverkehr bringt Nivellierung**

Und es gibt gleich noch eine zweite Binsenwahrheit: Jede freie Wanderungsmöglichkeit hat nivellierende Wirkung, tendenziell ebnet sie die Wohlstandsunterschiede ein. Man braucht nicht Ökonom zu sein, um diese Selbstverständlichkeit zu verstehen. Jede Personenfreizügigkeit liegt somit im Interesse einer armen Region (z.B. den Ländern Nordafrikas), denn es ermöglicht den eigenen Einwohnern, in die reiche Gegend (z.B. die EU) zu wandern und von dort Geld nach Hause zu schicken. Eben offensichtlich bringt jede unkontrollierbare Einwanderung für ein reiches Land eine Nivellierung nach unten.

### **Alle reichen Länder haben deshalb rigorose Einwanderungsgesetze**

Je reicher ein Land ist, desto grösser das Interesse, die Personenfreizügigkeit abzulehnen. Wieso sonst würden alle attraktiven Länder wie USA, Kanada, Australien, Japan, Singapur, etc. rigorose Einwanderungsbeschränkungen besitzen (ganz zu schweigen von Ländern wie Brunei, Katar, Israel etc.)? Auch die EU würde niemals auf die Idee kommen, an ihren Aussengrenzen, die Personenfreizügigkeit einzuführen. Auch die EU weiss natürlich: Wenn der Reiche sein Haus und seinen Garten öffnet, so wird sein Nachbar, der in Armut und Mietkasernen lebt, zu ihm ziehen, weil er begreiflicherweise vom Wohlstand profitieren will.

### **Auseinanderreißen von arm und reich**

Besonders gravierend ist, dass die Personenfreizügigkeit die Schere zwischen arm und reich unweigerlich öffnen wird, "flankierende Massnahmen" hin oder her. Für die „oberen Zehntausend“ spielt die Frage „Personenfreizügigkeit ja oder nein“ kaum eine Rolle; mag sein, dass für wenige der Wohlstand sogar steigt. Aber für die Durchschnittsbevölkerung führt die Reise abwärts, die unteren Schichten werden durch die Einwan-

derung in die Armut gerissen. Wie extrem Wanderbewegungen zu einem Auseinanderreißen von arm und reich führen können, kenne ich aus eigener Anschauung aus Kalifornien. Und auch historische Beispiele haben längst bewiesen, dass der Wohlstand der einfachen Bevölkerung zwangsläufig sinkt, wenn nach Belieben billigere ausländische Arbeitskräfte zuwandern durften<sup>1</sup>.

### **Katastrophe für den Sozialstaat und die unteren Bevölkerungsschichten**

Linksparteien tun so, als könnten sie diese Entwicklung mit Minimallöhnen und „flankierenden Massnahmen“ stoppen. Aber sie wissen natürlich auch, dass „Sozialstaat“ und „Einwanderungsland“ unüberbrückbare Gegensätze sind. Selbst wenn es ihnen gelingt, auf dem Papier flankierende Massnahmen einzurichten, wird für die einfachen Bevölkerungsschichten unausweichlich Armut resultieren. Minimallöhne können umgangen werden (man denke schon nur an die Selbständigerwerbenden). Vom Niveau der Schulen über die gesundheitliche Verpflegung bis zur Altersvorsorge wird alles absinken<sup>2</sup>

### **Von Rumänien bis zur Türkei**

Ein ganz entscheidender und gefährlicher Punkt ist, dass wir mit der jetzt zur Diskussion stehenden Ausweitung der Personenfreizügigkeit faktisch nicht nur über die zehn neuen EU-Staaten entscheiden. Wenn wir jetzt „Ja“ sagen, wird auch bei den folgenden EU-Erweiterungen die Personenfreizügigkeit unausweichlich.

Als nächstes werden Rumänien und Bulgarien der EU beitreten. Aller Voraussicht nach werden die Balkanstaaten (Kroatien, Serbien inkl. Kosovo, Bosnien, Mazedonien, Albanien) folgen. Ob die Türkei auch noch aufgenommen wird, kann im Moment dahingestellt bleiben, denn bereits beim Beitritt des Balkans wird - wenn die Personenfreizügigkeit eingeführt wird – die Armut bei uns derart zunehmen, dass man sich vom welt-

---

<sup>1</sup> Sogar Marx und Engels legten dies im vorletzten Jahrhundert dar: *„Die britischen Arbeiter brauchten für ihr Daseins-Minimum mehr Geld als die eingewanderten Iren, die zu Hause Kartoffeln essen und im Schweinestall schlafen. Folge: Die Iren drücken die Löhne und den Zivilisationsgrad der englischen Arbeiter herab, so dass diese auch im Kellerloch landen.“* Der im 19. Jh. massgebende Oekonom Max Weber schrieb über die Wanderung aus den Ostländern nach Deutschland, als dort die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg: *„Der Bedarf an billigen Arbeitskräften stieg zwar, jedoch lockten die Grundherren Tausende von Polen und Russen ins Land (nach Deutschland), die das Lohnniveau der einheimischen Knechte und Mägde ruinierten.“*

<sup>2</sup> Es ist nicht möglich, für die einfache Bevölkerung das beste Gesundheitssystem der Welt aufrecht zu erhalten werden, wenn jeder einwandern und ab sofort dieselben Leistungen unseres Gesundheitssystem voll beanspruchen kann. Kein wirksames System der Altersversorgung kann bewahrt werden, wenn jeder Ausländer kurz vor seiner Pensionierung einwandern und dieselben (Ergänzungs-) Leistungen wie ein Schweizer beziehen kann.

weit bekannten Wohlstand der Schweiz definitiv verabschieden muss. Da bereits rund eine halbe Million Menschen aus dem Balkan unter uns leben, werden die Sogwirkung enorm und die Folgen ruinös sein.

### **Übergangsfristen bringen nichts**

Bei einem Dambruch nivelliert sich das Wasser sofort, der Wasserpegel gleicht sich sofort aus. Bei zähflüssigem Honig dauert es viel länger, aber die Nivellierung kommt trotzdem. Auch bei der Personenfreizügigkeit kommt die Nivellierung erst langfristig. Ob wir Übergangsfristen für fünf Jahre, zehn oder noch länger vereinbaren werden, spielt langfristig überhaupt keine Rolle.

Die Politiker hätten die Verantwortung, langfristig zu denken. Die Behauptungen und Voraussagen der Politiker sind beim Personenverkehr so falsch, wie sie beim Landverkehr falsch waren. Nur wird beim Personenverkehr erst in ein, zwei Generationen sichtbar sein, was die Politik angerichtet hat; während bei den Lastwagen die Prognosen (es gäbe keine Lastwagenlawine) schon nach wenigen Wochen über den Haufen geworfen waren.

### **Wieso ist denn die Wirtschaft dafür?**

Wieso ist „die Wirtschaft“ für die Ausweitung des freien Personenverkehrs? Vor allem zwei kapitale Irrtümer spielen dabei eine Rolle.

- a) Viele Wirtschaftsvertreter meinen nämlich, es brauche die Personenfreizügigkeit, um aus den betreffenden Ländern Arbeitskräfte rekrutieren zu können. Das ist nicht wahr. Leute, die wir in der Schweiz brauchen, können wir selbstverständlich immer kommen lassen; dazu braucht es sicher kein Personenfreizügigkeitsabkommen. Ein solches wird nur benötigt, wenn man den Ausländern einen Rechtsanspruch einräumen will, in die Schweiz zu kommen<sup>3</sup>.
- b) Und viele Wirtschaftsvertreter meinen irrtümlicherweise, Personenfreizügigkeit habe etwas mit „wirtschaftlicher Öffnung“ zu tun. Auch das ist ein ganz grundsätzlicher Irrtum. Staaten wie die USA, die besonders vehemente Verfechter der „wirtschaftlichen Öffnung“ sind, kämen nie auf die Idee, die Personenfreizügigkeit einzuführen. Auch

---

<sup>3</sup> Eine Minderheit aus Wirtschaftskreisen mag auch die Absicht haben, ins Ausland auszulagern. Soweit es sich dabei überhaupt um ein anstrebbares Ziel handelt, kann dieser Punkt problemlos mit weiteren bilateralen Verträgen geregelt werden.

die USA politisieren im eigenen Interesse nach dem Motto. „wirtschaftliche Öffnung bringt Wohlstand, Personenfreizügigkeit bringt Armut“ (wobei die illegale Einwanderung genug Probleme bringen).

c) Zudem wird die Behauptung in die Welt gesetzt, die EU würde im Falle eines „Nein“ der Schweiz die „Bilateralen I“ kündigen. Das ist eine Fehleinschätzung, denn die EU wird sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hüten, die für sie vorteilhaften Verträge mit der Schweiz (die „Bilateralen I“) zu kündigen.

d) Nur am Rande sei erwähnt, dass es problematisch ist, wenn ein Wirtschaftsverband den Auftrag erhalten hat, den kommenden Abstimmungskampf für den freien Personenverkehr zu führen. Dass bei einem bezahlten PR-Mandat nicht mehr nur die wirklichen Interessen der Wirtschaft vertreten werden, ist klar. Folge ist, dass vor allem KMU-Vertreter gar nicht mehr sehen, was wirklich im eigenen Interesse liegen würde.

### **Es braucht keinen Arbeitsvertrag**

Schon heute hört man immer wieder die irreführende Behauptung, man brauche bei der Personenfreizügigkeit zwingend einen Arbeitsvertrag, um in die Schweiz zu kommen. Abgesehen von der Frage, ob dieses Kriterium tauglich sei<sup>4</sup>, wird gezielt verschwiegen, dass auch alle selbständig Erwerbenden kommen können.

Was wird Ausländer daran hindern, als selbständige Dachdecker, als selbständige Bauunternehmer, als „selbständig erwerbende Schreibkräfte“ (im Klartext Sekretärin) etc. einzuwandern und ihre Dienste zu Tiefstpreisen anzubieten (Mindestlöhne und Gesamtarbeitsverträge hin oder her)? Warum soll sich nicht jemand ein Natel beschaffen und argumentieren, er sei nun ein „Selbständig-Erwerbendes Putzinstitut“. Vom religiösen Prediger bis zur Dirne wird jedermann sein Recht durchsetzen können, als selbständig Erwerbender einwandern und hier bleiben zu dürfen.

### **Einer der stärksten Hebel für den Wohlstand**

---

<sup>4</sup> Es stellt sich z.B. die Problematik von fingierten Verträgen, die abgeschlossen werden, um in der Schweiz zu Sozialleistungen zu gelangen. Zudem sind wir in der Schweiz schon so weit, dass islamische Extremisten einen Rechtsanspruch auf Weiterbeschäftigung haben, selbst wenn sie öffentlich die Steinigung von Frauen befürworten (Fall Hani Ramadan).

Dass die Schweiz Einwanderung braucht, ist unbestritten. Aber alles entscheidend ist, wer kommt. Nicht die Menge ist entscheidend. Für den Erfolg eines Unternehmens ist nur entscheidend, wer als Mitarbeiter und Angestellte ausgewählt wird. Ähnlich ist für die Zukunft der Schweiz nur entscheidend, wer einwandern darf und wer nicht. Früher kamen Leute, die mithalfen, die Schweiz aufzubauen. Mit dem „strategischen Ziel EU-Beitritt“ hat eine andere Philosophie Einzug gehalten, mit dramatischer Auswirkungen<sup>5</sup>. Nach der Philosophie des freien Personenverkehrs soll jeder kommen dürfen, selbst derjenige mit schlechter Arbeitseinstellung, selbst derjenige, die sich nach kürzester Zeit zwei Jahre an die Taggeldversicherung, danach zwei Jahre an der Arbeitslosenversicherung und danach lebenslang an der Invalidenversicherung anschliessen lassen möchte.

Die Entscheidung, wer einwandern darf und wer nicht, ist der wohl wirksamste Hebel, um den Wohlstand eines Landes zu sichern (indem gezielt Arbeits- und Adaptionswillige aufgenommen werden). Wir dürfen uns diesen Hebel nicht aus der Hand schlagen lassen geben.

### **Wir dürfen keine Nivellierung nach unten akzeptieren**

*„Spaniens BIP-Aufstieg pro Kopf und Deutschlands Einkommensabstieg gilt als Erfolg der EU-Politik, die regionale Wohlstandsunterschiede einebnen soll.“*<sup>6</sup> Klarer könnte man kaum ausdrücken, welche Philosophie sich in der EU durchsetzt: Die Wohlstandsunterschiede sollen „eingeebnet“ werden. Mittel dazu ist die Personenfreizügigkeit. Je „multikultureller“ die Gesellschaft wird, desto kleiner werden die Wohlstandsunterschiede. Wir dürfen uns dieser verheerenden Tendenz zur „Nivellierung nach unten“ nicht anschliessen. Die Schweiz darf seinen Wohlstand nicht so verspielen, wie dies Deutschland tut.

Es ist nicht schwer, eine Gesellschaft zu formen, bei der nur eine kleine Elite im Wohlstand lebt. Das schafft jedes Drittweltland. Unsere Elterngenerationen aber haben die Schweiz in nur 100 Jahren vom Armenhaus in das reichste Land der Welt verwandelt, in welchem auch Bevölkerungsgruppen wie kinderreiche Familien, allein erziehende Frauen, vermögenslose Rentner etc. im Vergleich zum Ausland einen erstaunlichen Wohlstand erlangten. Unsere Einwanderungspolitik mit dem zentralen Ziel „Per-

---

<sup>5</sup> Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Der Prozentsatz der „nicht-arbeitstätigen“ Einwanderer ist dramatisch gestiegen, ebenso die Fälle, in denen Einwanderer Sozialleistungen geltend machen.

<sup>6</sup> Artikel in der Aargauer Zeitung vom 24. Februar 2004 über die „Spanische Erfolgsstory“:

sonenfreizügigkeit für alle“ zerstört diese grossartige Errungenschaft unserer Elterngenerationen.

**Die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten ist demnach vehement zu bekämpfen, wenn nicht doch noch griffige Limiten eingebaut werden.**

